

Sitzungsperiode 2019-2020
Gemeinsame Sitzung aller Ausschüsse vom 27. April 2020

INTERPELLATION*

Interpellation Nr. 8 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Situation in den ostbelgischen Pflege- und Wohnzentren für Senioren im Zuge der Corona-Krise und die zwischenzeitlich in Aussicht gestellte Lockerung des Besuchsrechts

Diese Krise entlarvt so manche Schwäche. Auch die, dass die Schwächeren unserer Gesellschaft am meisten leiden. Deshalb müssen wir auch als Parlament dafür Sorge tragen, dass die Pflegenden und die Senioren nicht alleingelassen werden.

Die Situation in den Alten- und Pflegeheimen ist durch einen persönlichen Besuch momentan nicht nachvollziehbar. Die Öffentlichkeit erhält lediglich durch Presseberichte oder Hinweise seitens der Heime oder der Regierung Informationen.

Die belgienweite Ausbreitung des Corona-Virus in den Alten- und Pflegeheimen macht deutlich, dass die Schutzmaßnahmen bisher nicht ausgereicht haben. Mit dem Besuchsverbot wurde nur eine Ansteckungsquelle vermieden. Unverschuldet stellt das Pflegepersonal selber eine ebenso große Gefahr für die Bewohner dar, denn sie müssen ihre Arbeit verrichten, ohne zu wissen, ob sie selber infiziert sind.

Weiterhin ist aber von Pflegekräften und jenen, die an vorderster Front dafür sorgen, dass das Leben in den Heimen weitergeht, zu hören und zu lesen, dass die Zustände belastend, ja sogar dramatisch seien: Es fehle an Schutzkleidung, es gebe zu viel Arbeit für zu wenig Personal, das Personal sei müde, die Heimbewohner litten unter Einsamkeit, es gebe weder eine kontinuierliche psychologische Begleitung für das Personal noch für die Bewohner. Gleichzeitig bestehe eine allgegenwärtige Angst, unbemerkt Virusträger zu sein oder zu werden, da Tests fehlen.

Dem gegenüber beteuern die Regierungen, dass alles in ihrer Macht stehende getan werde, um die Situation stabil zu halten: Viren-Tests seien geordert worden und Material werde eingekauft.

Bereits am 10. April hat der Konzertierungsausschuss, bestehend aus Föderalregierung, Ministerpräsidenten sowie den zuständigen Gesundheitsministern, beschlossen, dass

* Die nachfolgend veröffentlichte Interpellation entspricht der von Frau Huppertz hinterlegten Originalfassung.

Corona-Tests auf alle Pflegeheimbewohner und auf das Personal ausgeweitet werden sollen.

Obschon bis dato noch nicht flächendeckend getestet wurde und die Situation hinsichtlich einer abnehmenden Ansteckungsgefahr weiterhin unübersichtlich war, wurde am 15. April eine Empfehlung durch den nationalen Sicherheitsrat ausgesprochen, Besuche in den Alten- und Pflegeheimen zuzulassen.

Diese Empfehlung zur Lockerung stieß im Pflegesektor bekanntermaßen auf Unverständnis und Ablehnung. Die Pflegeheime in der DG warnen davor vorschnell Besuche zuzulassen. Der Pflegesektor befürchtete, dass die bisher durchgeführte Abschottung der Pandemie und die Absicherung der Bewohner und Pfleger in Gefahr gebracht werden.

Die deutschsprachigen, flämischen und frankophonen Dachorganisationen und Heime sind ebenso wenig in die Entscheidung einbezogen worden wie die Städte- und Gemeindeverbände.

Natürlich haben die Besuchsverbote große Auswirkungen auf die Bewohner: Einsamkeit ist in Alten- und Pflegeheimen ohnehin schon ein großes Problem. Wenn wir der Einschätzung einiger Virologen folgen, wird sich das Corona-Virus außerdem noch mindestens bis zum Herbst, wahrscheinlich bis nächstes Jahr weiterverbreiten.

Bei der Aufrechterhaltung der Besuchsverbote muss die Gefahr der Isolation abgewogen werden. Klar ist aber, wenn wir den Wissenschaftlern zuhören: Ausreichend Tests und Schutzmaterial sind ein Schlüssel und müssen gewährleistet sein, bevor über eine Lockerung des Besuchsverbots nachgedacht wird.

Direkte klare Absprachen mit und Transparenz gegenüber allen betroffenen Partnern ist hier eine Notwendigkeit - insbesondere, wo das Leben und die Würde unserer besonders gefährdeten Mitmenschen betroffen sind.

Daher meine Fragen:

1. *Gibt es eine Gesamtstrategie zum Umgang mit der Eindämmung des Corona-Virus in den Pflege- und Wohnzentren für Senioren?*
 - Seit wann liegt sie vor?
 - Was umfasst sie?
 - In welchem Verhältnis steht diese Strategie – sollte es sie für die DG geben – zu der in Flandern?
 - Welche Erfolge oder Rückschläge werden verzeichnet?
 - Haben sich die belgischen Gliedstaaten hinsichtlich einer Strategie abgesprochen?
2. *Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um der Vereinsamung der Bewohner entgegen zu wirken?*
 - Gibt es eine psychologische Begleitung?
 - Wenn ja, in welchem Rhythmus und durch wen wird sie angeboten?
 - Gibt es außer der bereits bekannten Telefonhotline des BTZ (Betreuungs- und Therapiezentrum) eine psychologische Begleitung für das Personal?
 - Ist die DG-Regierung bereit, ggf. alternative Beratungsangebote finanziell zu unterstützen?
3. *Besteht die Möglichkeit, dass Familien einen Angehörigen während der Corona-Krise aus dem Alten- und Pflegeheim nach Hause holen können?*

4. *Am 10. April entschied der Konzertierungsausschuss, dass Corona-Tests auf alle Bewohner und das Personal auszuweiten. Die DG erhält vom Förderstaat 1.100 Test-Kits für die Alten- und Pflegeheime. Darüber hinaus hat die DG selbst Test-Kits gekauft.*
 - Über wie viele Tests-Kits verfügt die DG genau?
 - In welchem Zeitraum und welchem Rhythmus sollen flächendeckend alle Bewohner sowie das ganze Personal in den Heimen getestet werden?
 - Wo sollen weitere Test-Kits herkommen?
 - Wie ist langfristig die Test-Strategie, um einen nachhaltigen Nutzen zu erreichen?
 - Woher stammen die 70 Test-Kits, die im Eupener St. Josephsheim genutzt wurden?
 - Wie hoch werden die Kosten beziffert?
5. *Gab es bis zum 15. April 2020 (Entscheidung des Krisenstabes bezüglich der Lockerung der Besuchsregel) Kontakte resp. eine Anfrage der DG nach Deutschland, um dort Tests in Laboren durchführen zu lassen, um die Testkapazität in Belgien und auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu erhöhen?*
 - Wenn ja: Was war die Antwort?
 - Wenn nein: Wie wurde diese Absage begründet?
6. *Warum werden infizierte Bewohner nicht konsequent hospitalisiert?*
 - Wie werden diese Patienten medizinisch in den Alten- und Pflegeheimen betreut?
7. *Die erschöpften Pflege-Teams machen deutlich, dass eine strukturelle zahlenmäßige Verstärkung ein nachhaltiges Ziel sein muss.*
 - Wie wird aktuell vorgegangen, wenn ein Personalmitglied positiv auf Covid-19 getestet wird?
 - Wird diese Person für eine gewisse Zeit ersetzt?
8. *Die Premierministerin stellte vorletzte Woche in Aussicht, den Heimen zusätzliche Mittel über das Verteidigungsministerium bereitzustellen.*
 - Gibt es auch hier bei uns Überlegungen, das Militär oder evtl. Mitarbeiter der ÖZH in den Heimen einzusetzen?
9. *Gibt es Überlegungen, das Personal in den Heimen für jeweils zwei Wochen mit den Bewohnern zusammen unter Quarantänebedingungen einzusetzen?*
10. *Das St. Nikolaus-Hospital suchte länger händierend nach einer Lösung, um ein Testgerät zu erwerben, durch das festgestellt werden kann, wer über Covid-19 Antikörper verfügt. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist unter anderem deshalb wichtig, um Beschäftigten zu ermöglichen ihrer Arbeit nachzugehen, ohne Sorge zu haben, angesteckt zu werden oder andere anzustecken. Ein solches Gerät¹ wurde unter anderem bereits in den Uni-Kliniken von Bonn und München eingesetzt. Dank des Einsatzes verschiedener Service Klubs und auch außenstehender Gönner konnte dieses Gerät (rund 48.000 €) inzwischen gekauft werden.*
 - Welchen finanziellen Anteil übernimmt dabei die Deutschsprachigen Gemeinschaft?
11. *Am 15. April empfahl der Nationale Sicherheitsrat, dass Bewohner von Alten- und Pflegeheimen, isolierte und oder beeinträchtigte Menschen jeweils einen Besucher empfangen dürfen. „Die DG wird in den kommenden Tagen Kontakt mit den Heimleitungen aufnehmen, um diese Besuche ab nächster Woche organisieren zu können“ – so Ministerpräsident Paasch gegenüber der Presse.²*

¹ https://www.amp-asbach.de/index_files/flyer_cov2.pdf

² Grenzecho, 16.4.2020, S. 3

- Warum hat die DG-Regierung dieser Empfehlung zugestimmt?
- Ist diese Empfehlung mit den Heimen abgesprochen? Wenn nein: Warum nicht?
- Ist diese Empfehlung im Vorhinein seitens des Ministerpräsidenten mit seinem Fachminister Antoniadis abgesprochen worden?
- Wenn nein: Warum nicht?
- Wenn ja: Warum ist dann der hiesige Pflegesektor nicht in die Entscheidungsfindung einbezogen worden?
- Wann sind die Heimleitungen kontaktiert worden?
- Hat es eine Entschuldigung seitens der Regierung bei denen gegeben, die sich zu Recht Hoffnungen auf ein Wiedersehen gemacht hatten, jedoch wegen einer äußerst misslungenen Kommunikationsstrategie enttäuscht wurden?